STADT NORDEN

Sitzungsvorlage	Wahlperiode	Beschluss-Nr:	Status
	2016 - 2021	0095/2017/1.2/1	öffentlich
<u>Tagesordnungspunkt:</u>			
Antrag auf Anpassung der Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Rates; Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2017			
<u>Beratungsfolge:</u>			
20.03.2017	Finanz- und Personalausschuss		öffentlich
29.03.2017	Verwaltungsausschuss		nicht öffentlich
04.04.2017	Rat der Stadt Norden		öffentlich
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u>		<u>Organisationseinheit:</u>	
Reemts, 1.2/EstR Eilers		Organisation	

Beschlussvorschlag:

1. Der Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2017 auf Änderung der Entschädigungssatzung wird abgelehnt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entschädigungssatzung – mit Beteiligung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe – grundlegend und insgesamt unter Berücksichtigung der „Empfehlungen der Entschädigungskommission 2016“ bis zum 07.12.2017 zu überarbeiten.
3. Rückwirkend zum 01.04.2017 wird die Entschädigungssatzung für die Übergangszeit wie folgt geändert:
 - a) Aufwandsentschädigung für Ratsfrauen und Ratsherrn (§ 1 Abs. 1) = 150,00 €
 - b) Aufwandsentschädigung der beiden gleichberechtigten stellv. Bürgermeistern/innen (§ 1 Abs. 2 Buchstabe a) = 250,00 €
 - c) Aufwandsentschädigung der/die Ratsvorsitzende (neu: § 1 Abs. 2 Buchstabe b) = 120,00 €
 - d) Sitzungsgeld (§ 2 Abs. 1) = 15,00 €
4. Die anteiligen Mehrkosten (April – Dezember 2017) i.H.v. ca. 26.000 € sind im Haushalt 2017 bereitzustellen.

BÜ	StR	FB	RPA	FD	Erarbeitet von:

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 30.01.2017 beantragt die FDP-Fraktion eine Anpassung der Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder sowie für Ausschussmitglieder die nicht dem Rat angehören. Zur Begründung wird auf den beigefügten Antrag verwiesen.

Die Verwaltung schlägt vor, die Entschädigungssatzung – mit Beteiligung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe – grundlegend und insgesamt unter Berücksichtigung der „Empfehlungen der Entschädigungskommission 2016“ bis zum 07.12.2017 zu überarbeiten.

Die Fraktionen werden gebeten, einen Vertreter für die Arbeitsgruppe zu melden.

Für die vorübergehende Zeit wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, die Entschädigungssätze rückwirkend zum 01.04.entsprechend zu ändern:

a) Aufwandsentschädigung für Ratsfrauen und Ratsherrn (§ 1 Abs. 1)	= 150,00 €
b) Aufwandsentschädigung der beiden gleichberechtigten stellv. Bürgermeistern/innen (§ 1 Abs. 2 Buchstabe a)	= 250,00 €
c) Aufwandsentschädigung der/die Ratsvorsitzende (neu: § 1 Abs. 2 Buchstabe b)	= 120,00 €
d) Sitzungsgeld (§ 2 Abs. 1)	= 15,00 €

Die anteiligen Mehrkosten für den Zeitraum vom 01.04.2017 bis zum 31.12.2017 in Höhe von ca. 26.000 € müssen im Haushalt 2017 bereitgestellt werden.

Anlagen:

- Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2017
- Empfehlungen der Entschädigungskommission 2016